

Anlage

**Beschwerde - Absage der Sitzung Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik - geplant für 22.03.2021**

Fr 05.03.2021 14:58

(Name)

An: 02-1/4 Geschäftsstelle Anregungen und Beschwerden <geschaeftsstelle-anregungen-beschwerden@stadt-koeln.de>

**Beschwerde - Absage der Sitzung Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik - geplant für 22.03.2021**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin stimmberechtigtes Mitglied in der Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik.

Letzten Dienstag, am 02.03.2021, wurde die Sitzung dieses Gremiums am
22.03.2021 per email von der Geschäftsführung im Auftrag des Amtsleiters
abgesagt und ein neuer Termin für den 23.04.2021 in Aussicht gestellt.

Begründung: weiter verschärfte restriktive Maßnahmen zur Durchführung
von Gremiensitzungen in Zeiten der CoVid19-Pandemie.

Ich möchte auf diesem Weg meine Kritik zum Ausdruck bringen:

Mit Verweis auf ‚verschärfte restriktive Maßnahmen‘ wird hier ein
wesentliches Mittel der politischen Partizipation außer Kraft gesetzt. Damit
werden Rechte des Gremiums in Frage gestellt, Abläufe für Beratungsfolgen
und Beschlüsse behindert und die Möglichkeit genommen, sich zu aktuellen
Themen öffentlich zu äußern.

Es fällt mir schwer, die Absage nur unter dem Gesichtspunkt
Gesundheitsschutz und Verantwortung für die Teilnehmer*innen zu
betrachten.

Ich halte es gerade unter dem Eindruck der gravierenden sozialen
Auswirkungen der Pandemie unter anderem für die Gruppe der Menschen mit
Behinderung für unerlässlich, eine öffentliche Plattform zu bieten. Quer durch
Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft werden die Auswirkungen und die
Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie diskutiert. Hier darf die Stimme
dieses wichtigen Gremiums in dieser Zeit nicht fehlen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat sich in 2019 mehrfach durch Anfragen dafür eingesetzt, dass alternative Formate mit passender technischer Ausstattung in Zeiten der Pandemie gefunden und bereitgestellt werden müssen. Leider hat sich hier keine Lösung ergeben. Zuletzt wurde hierzu mündlich in einer internen Sitzung der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und Selbsthilfegruppen von der Verwaltung informiert. Eine Veröffentlichung einer schriftlichen Mitteilung im Ratsinformationssystem steht meines Wissens noch aus.

Meines Erachtens kann so nicht weiterverfahren werden. Ein Ende der Pandemie und eine Rückkehr in einen Alltag wie vorher ist zwar möglicherweise im Laufe der Zeit erwartbar; wann das sein wird, ist aber nicht absehbar.

Deshalb halte ich es für notwendig, passende Alternativen zu entwickeln. Diese Alternativen müssen den Erhalt der Position und der politischen Partizipation dieses Gremiums sicherstellen. Vielleicht fehlt es derzeit an rechtlichen Grundlagen - dann müssen diese eben geschaffen werden. Lösungen scheinen in anderen Bereichen möglich zu sein. Ich verweise hier auf die Hauptversammlungen internationaler DAX-Konzerne oder die Wahlen der neuen Bundesparteivorsitzenden der CDU sowie von Die Linke.

Vermutlich sind auch andere Gremien der Stadt Köln von Absagen mit ähnlichen Begründungen betroffen. Ich vermute, dass auch dort in meinem Sinne kritische Fragen gestellt und damit Restriktionen für Gremienarbeit kontrovers hinterfragt werden.

Ich werde diese Absage nicht aufhalten können, erhoffe mir aber eine breitere politische Diskussion darüber, wie in diesen Zeiten demokratische Rechte und politische Teilhabe für alle sichergestellt werden kann.

Ein einfaches Zeigen auf den Virus und seine Gefährlichkeit, wie sie der Öffentlichkeit präsentiert wird, ist zu wenig.

Bitte berücksichtigen Sie unbedingt:
ich wende mich an Sie als Bürger, der ein Mandat für ein ausschussähnliches Gremium hat, aber nicht als Vertreter dieses Gremiums. Meine Position und der Inhalt meiner Nachricht ist nicht mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik abgestimmt.

Vielen Dank.

Freundliche Grüße

(Name)

(Kontaktdaten)